



Medienkonferenz vom 19. Januar 2017:

Es wird eng für die Sicherheit: darum NEIN zur USR III

Max Hofmann, Generalsekretär Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB

(Es gilt das gesprochene Wort)

Am 12. Februar stimmen wir über die Unternehmenssteuerreform III ab. Bei einer Annahme müssten Städte und Gemeinden gewaltige Steuerausfälle kompensieren – auch bei der Polizei. Das wirkt sich auf die Arbeitsbedingungen der Polizistinnen und Polizisten, aber auch auf die Sicherheit aus. Darum hat sich der Zentralvorstand des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB an seiner letzten Sitzung für die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III ausgesprochen.

Die Schweiz ist ein sicheres Land. Dafür setzen sich täglich tausende Polizistinnen und Polizisten ein. Immer wieder bekommen sie dafür sehr gute Noten, und die Polizei verfügt über einen ausgezeichneten Ruf in der Bevölkerung. Dies zeigen auch immer wieder die Umfragen. Damit das so bleibt, müssen aber auch die Ressourcen – sowohl personell wie auch punkto Ausrüstung – zur Verfügung stehen. Bei einer Annahme der Unternehmenssteuerreform III sind diese sicherheitsrelevanten Faktoren aber in Gefahr.

Schon heute wird im ganzen Land bei der Polizei gespart. Es herrscht Spardruck bei den Kantonen und Gemeinden. Dringend notwendige Korpsaufstockungen werden verschoben oder gestrichen. Es wird sogar Personal abgebaut.

Hier zwei Beispiele:

- Schon im 2014 wurde bekannt, dass bei der Luzerner Polizei 82 Polizistinnen und Polizisten fehlen. In den letzten Jahren wurde die Aufstockung aber immer wieder hinausgezögert und es wurden sogar Patrouillen gestrichen.
- In Genf sehen sich die Polizistinnen und Polizisten mit extrem eng kalkulierten Dienstplänen konfrontiert. Diese Situation belastet sie enorm. Dabei ist das Ziel der Übung, die angesammelten Überstunden endlich abbauen zu können.



Mit der Unternehmenssteuerreform III wird sich der Druck noch verschärfen. In vielen Polizeikörpern ist Überbelastung schon heute ein grosses Thema. Und diese Spirale hat sowohl direkte Folgen für die Gesundheit der Polizistinnen und Polizisten, aber auch für die Sicherheit jedes Einzelnen.

- Polizistinnen und Polizisten, die wegen Sparmassnahmen auf der Strasse fehlen, können nicht für Sicherheit sorgen.
- Polizistinnen und Polizisten, die wegen Sparmassnahmen nicht optimal ausgerüstet werden, haben einen entscheidenden Nachteil bei der Verbrechensbekämpfung.
- Fehlende und nicht optimal ausgerüstete Polizistinnen und Polizisten wirken sich sowohl auf das subjektive wie auch auf das objektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung aus.

Da macht der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB nicht mit. Die Unternehmenssteuerreform III ist Gift für die Gesundheit der Polizistinnen und Polizisten und eine Gefahr für die Sicherheit in unserem Land.

Darum sagt der VSPB ganz klar NEIN zur Unternehmenssteuerreform III.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.